

II - 1879 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrates XV. Gesetzgebungsperiode

**DER BUNDESMINISTER
 FÜR UNTERRICHT UND KUNST**

GZ. 10.000/54-Parl/80

Wien, am 7. Jänner 1980

An die
 Parlamentsdirektion

Parlament
 1017 WIEN

857/AB

1981 -01- 15

zu 851/J

Die schriftliche parlamentarische Anfrage Nr. 851/J-NR/80, betreffend "96 Punkte für Tirol", die die Abgeordneten Dr. REINHART und Genossen am 17. November 1980 an mich richteten, beehre ich mich zu den einzelnen Punkten der Anfrage wie folgt Stellung zu nehmen:

Verlängerung der Berufsschulzeit

Die Verlängerung der Berufsschulzeit ist ein bildungspolitisches Ziel des Bundesministeriums für Unterricht und Kunst.

Derzeit stehen zwei Möglichkeiten, dies zu erreichen:

1. Gemäß § 3 Abs 2 der Lehrplanverordnung, BGBl.Nr. 430/1976, sind die Landesschulräte ermächtigt, das für den fachtheoretischen Unterricht in den Landeslehrplänen vorgesehene Stundenausmaß bis zum maximal einen halben Unterrichtstag zu erhöhen, wenn im betreffenden Lehrberuf wegen seiner fachtheoretischen Grundlagen diese Erweiterung gerechtfertigt ist und im Aufsichtsbereich des betreffenden Landesschulrates die sachlichen und personellen Voraussetzungen hiezu gegeben sind.

Von dieser Ermächtigung hat bisher nur der Landesschulrat für Tirol im Bereich der grafischen Lehrberufe Gebrauch gemacht.

2. Im § 49 des Schulorganisationsgesetzes 1962 ist vorgesehen, daß der Berufsschulunterricht pro Schulstufe mindestens einen Schultag, bzw. mindestens acht Wochen zu dauern hat.

In der Lehrplanverordnung 1976 gelang es durch Besprechungen mit dem Interessensvertretungen die Berufsschulzeit auf

1 1/2 Schultage in folgenden Lehrberufen zu erweitern:

Buchhändler, Drogist, Fotokaufmann, Musikalienhändler, Papiermacher.

- 2 -

Die vom Bundesministerium für Unterricht und Kunst angestrebten weiteren Erhöhungen der Berufsschulzeit werden noch eingehender Besprechungen mit den Bundesländern als Schulerhalter und mit den Interessensvertretungen erfordern.

Neu- und Ausbau der Berufsschulinternate:

Hiefür sind die Bundesländer als Schulerhalter zuständig. Aus der Sicht des Bundesministeriums für Unterricht und Kunst darf darauf hingewiesen werden, daß das Land Tirol sehr bemüht ist, zeitgemäße Berufsschulen und Berufsschulinternate zu bauen, und dieses Ziel schon in einem bedeutenden Ausmaß verwirklicht hat.

Hilfe zur Errichtung eines Kulturzentrums in Jenbach

Über Antrag des Bundesministeriums für Unterricht und Kunst wird derzeit vom Österreichischen Institut für Schul- und Sportstättenbau ein Kulturstättenplan ausgearbeitet. Förderungen seitens des Bundesministeriums für Unterricht und Kunst werden nach Maßgabe dieses Planes zur Vergabe gelangen.

Errichtung einer Höheren Technischen Lehranstalt in Jenbach.

In Jenbach wird seit 1. September 1971 eine Höhere Technische Lehranstalt, Fachrichtung Maschinenbau-Betriebstechnik, geführt.

Bis 1. Jänner 1979 wurde diese Schule als Expositur der Höheren Technischen Bundes-Lehr- und Versuchsanstalt, Innsbruck I und ab diesem Zeitpunkt als selbständige Anstalt geführt.

Mit 1. September 1980 wird als zweite Ausbildungsmöglichkeit zusätzlich die Fachrichtung Maschinenbau-Installation, Heizungs- und Klimatechnik , angeboten.

Die Schule wurde also im Jahre 1979 verselbständigt; zugleich wurde auch mit dem Schulbau begonnen. Eine teilweise Benützung (Werkstättenräume) ist ab September 1981 gewährleistet. Das gesamte Objekt wird ab Frühjahr 1982 dem Unterricht zur Verfügung stehen.

- 3 -

Schaffung eines Fernschulgesetzes

Hier darf ich auf meine Beantwortungen szt. schriftlicher parlamentarischer Anfragen u.a. der Abg. EGG und Genossen zu diesem Problem verweisen.

Die Schwierigkeiten liegen vor allem in der verfassungsrechtlichen Situation begründet, gemäß der die Regelungszuständigkeit des Bundes auf dem Sektor des Fernunterrichtswesens stark begrenzt ist.

Ausschluß der Besuchsmöglichkeit der Internatsschule für Schisportler Stams für ausländische Staatsbürger

Im Falle Stams handelt es sich um eine Privatschule eines Vereines, auf deren Gestion hinsichtlich der Aufnahme im Rahmen des § 4 SchOG (Allgemeine Zugänglichkeit der Schulen) der Schulbehörde kaum ein Einfluß zusteht.

Über diese Probleme wurden im Vereinsvorstand und der Hauptversammlung des Vereines der Internatsschule für Schisportler Stams beraten. Demnach besteht eine generelle Aufnahmesperre für Ausländer, wobei lediglich ausnahmsweise und nach genauer Prüfung entsprechend den Richtlinien der Hauptversammlung eine derartige Aufnahme vorgesehen ist.

Generalsanierung und Zubau im Bundesgymnasium Kufstein

An der Generalsanierung bzw. dem Zubau wird seit Juli 1980 gearbeitet. Die gesamte Bauzeit wird auf 3 - 4 Jahre geschätzt.

Errichtung von Ganztagschulen wo erforderlich

1. Entwicklung von Ganztagschulen und Tagesheimschulen in Tirol

Aufgrund der regionalen Situation wurde an der Hauptschule Prutz bereits vor Beginn der Ausschreibung von Schulversuchen mit ganztägigen Organisationsformen durch das Bundesministerium für Unterricht und Kunst eine Betreuung der Schüler am Nachmittag über Wunsch der Eltern durchgeführt. Die Mütter sind in ca. 90 % der Familien im Fremdenverkehr und in der Landwirtschaft tätig.

So wurde bereits im 1. Jahr der Schulversuche, im Schuljahr 1974/75, die Hauptschule Prutz-Ried als Schulversuch mit der

- 4 -

Ganztagsschule in allen 18 Klassen über Antrag des Landesschulrates für Tirol vom Bundesministerium für Unterricht und Kunst genehmigt.

Im Schuljahr 1975/76 fand bereits eine Erweiterung durch Einrichtung eines Schulversuches "Tagesheimschule" an der Hauptschule Pfunds mit 8 Gruppen statt, wobei die Ganztagsschule Prutz bereits auf 20 Klassen angestiegen war. Im Schuljahr 1976/77 kamen zu diesen beiden Versuchsschulen neu hinzu die Hauptschule Innsbruck, Olympisches Dorf, mit 8 Gruppen im Betreuungsbereich und die private Hauptschule in Scharnitz mit 4 Gruppen, in der Tagesheimschule, die jedoch nach einem Jahr wieder eingestellt wurde bzw. nicht mehr beantragt wurde. Das Schuljahr 1977/78 wies daher nur 3 ganztägige Schulen (Prutz, Pfunds, Innsbruck) aus. Eine Erweiterung gab es wieder im Schuljahr 1978/79 durch Neueinrichtung eines Schulversuches Ganztagsschule an der Allgemeinen Sonderschule für Schwerstbehinderte in Lienz. Im Schuljahr 1979/80 wurden auch an der privaten Hauptschule der Ursulinen in Innsbruck (4 Gruppen im Betreuungsbereich) und am Wirtschaftlichen Realgymnasium für Mädchen der Ursulinen in Innsbruck (3 Gruppen) private Tagesheimschulen genehmigt. Die Schulversuche an den öffentlichen Schulen wurden fortgesetzt, jedoch mit größerer Schülerzahl.

Im Schuljahr 1980/81 werden in Tirol folgende 8 ganztägige Schulen, das sind 6,7 % aller Schulversuche mit GTS und THS im Bundesgebiet, mit 1.132 Schülern geführt:

Schulversuche Ganztagsschule: 4 öffentliche Schulen

Hauptschule Prutz, 20 Klassen

ASO Lienz (3Klassen)

ASO Matri i. T., 2 Klassen, (neu eingerichtet 1980/81)

ASO St. Johann i. T., 1 Klasse (neu eingerichtet 1980/81)

Zu den Schulversuchen in Allgemeinen Sonderschulen für Schwerstbehinderte wird u.a. berichtet, daß die Familie bei der schwierigen Betreuung entlastet wird, ein sozialintegratives Verhalten von den Schülern geübt werden kann und nicht zuletzt auch der Einsatz gezielter therapeutischer Spiele zur Erreichung besserer motorischer Fähigkeiten führt.

- 5 -

Schulversuche Tagesheimschule: 2 öffentliche und 2 private
K. u. M. Hauptschule Pfunds, 9 Gruppen
K. u. M. Hauptschule Innsbruck, Olympisches Dorf,
12 Gruppen
Hauptschule f. M. der Ursulinen, Innsbruck, 4 Gruppen
Wirtschaftskundliches Realgymnasium f. M. der
Ursulinen, Innsbruck, 3 Gruppen

Es ist den Berichten der Versuchsschulen zu entnehmen, daß die Zahl der Repetenten zurückgegangen ist und die Eltern eine sehr positive Einstellung zum Schulversuch zeigen. Im ländlichen Bereich sind ca. 90 % der Mütter berufstätig, in Innsbruck ca. 70 %. In Prutz und Pfunds sind es überwiegend kleinbäuerliche Arbeiterfamilien mit bescheidenem Fremdenverkehr. Die Mütter arbeiten in der Landwirtschaft mit und leisten die Hauptarbeit im Fremdenverkehr. Es haben daher vorwiegend soziale Erwägungen zur Einrichtung des Schulversuches geführt. Es wird auch darauf hingewiesen, daß Prutz ein relativ großes Einzugsgebiet hat und die Zahl der Schüler aus sprengelfremden Gemeinden ca. 100 beträgt.

2. Entwicklung des Tagesschulheimes in Tirol

Bis zum Schuljahr 1980/81 gab es kein Tagesschulheim. Aufgrund einer Anfrage im Elternbeirat im Jahre 1979 wurde eine Erhebung des Bundesministeriums für Unterricht und Kunst bei allen Landesschulräten durchgeführt, um festzustellen, ob Bedarf nach Beaufsichtigung von Fahrschülern eventuell durch Tagesschulheime bestand. In Tirol ergab die Erhebung, daß die Wünsche der Eltern in diesem Bereich erfüllt werden konnten und daß sich Fahrschüler vor dem Unterricht, in der Mittagspause und nach dem Unterricht in den Klassen, in Hallen, Bibliotheken usw. aufhalten können und eine fallweise Beaufsichtigung durch Lehrer gegeben sei. Weitere Wünsche hätten sich nicht ergeben.

Im Schuljahr 1979/80 führte der Landesschulrat für Tirol im Raum Innsbruck eine Erhebung bei rund 3000 Schülern durch. Ungefähr 100 Familien haben für ihre Kinder den Bedarf an einem

- 6 -

Tagesschulheim angemeldet und seit Beginn des Schuljahres 1980/81 wird ein Tagesschulheim für Schüler der Innsbrucker Schulen als Bundestagesschulheim in Innsbruck, Maximilianstraße 43, geführt. Den Schülern wird nach Unterrichtsende ein Mittagessen, Freizeitgestaltung und Lernbetreuung durch Lehrer angeboten.

Ergänzend wird noch angeführt, daß das Bundeskonvikt Lienz im Gegensatz zu den übrigen Bundeskonvikten weitgehend ausgelastet ist und die Zahl der Mädchen im Steigen ist. Im Zusammenhang mit den ganztägigen Schulen ist anzuführen, daß im Bundeskonvikt Lienz neben 296 vollinternen nur 4 halbinterne Schüler allgemeinbildenden höheren und berufsbildenden höheren Schulen und mittleren Schulen betreut werden. Eine Zunahme der Halbinternen wird im Raum Lienz lt. Jahresbericht des Bundeskonviktes Lienz nicht erwartet.

Weitere Vorhaben zur Frage einer ganztägigen Betreuung von Schülern sind nicht bekannt.

Verbesserte Versorgung und Schulung der an Schulen tätigen Berufsberater

Die Berufsberatung gehört zum Kompetenzbereich des Bundesministeriums für soziale Verwaltung. In den meisten Bezirken Tirols besteht aber eine sehr gute Kooperation und Koordination zwischen den Berufsberatern der regional zuständigen Arbeitsmarktverwaltung und den mit der Bildungsberatung beauftragten Lehrern und Schulpsychologen.

Die Bildungsberatung an allgemeinbildenden höheren Schulen und berufsbildenden mittleren und höheren Schulen Tirols wurde 1971 institutionalisiert. Bereits 1976 verfügte jede dieser genannten Schulen über einen eigenen Schüler- bzw. Bildungsberater, der Schüler und Eltern in Klassenvorträgen, Gruppen- und Einzelberatungen sowie in Elternvereinsveranstaltungen über die verschiedenen Schularten, deren Bildungsziele und Anforderungen informiert. 11 allgemeine Studienbroschüren, 20 "Studienbilder", 7 Informationsbroschüren für 6- bis 15-jährige Schüler sowie ein regionaler Bildungswegweiser für

- 7 -

Tirol vertiefen diese Informationsvermittlung. Drei "Overhead-Transparent-Serien" - die letzte wurde erst im Sommer 1980 fertiggestellt und den Schülerberatern ausgehändigt - dienen der Veranschaulichung und Motivation.

Derzeit sind an den AHS Tirols 21 Schülerberater und an den BBS 27 Bildungsberater tätig. Bisher hat jeder dieser Beratungslehrer mindestens ein Grund- und zwei Fortbildungsseminare besucht. Diese für jeden Beratungslehrer verpflichtende Fortbildung erfolgt in vier- bis fünftägigen Seminaren, die in Abständen von zwei bis drei Jahren durchgeführt werden. Diese dynamisch gestaltete Weiterbildung ist auf die individuelle regionalen Bedürfnisse abgestimmt und enthält neben der wissenschaftlichen Gesprächs- und Beratungstechnik auch Elemente der themenzentrierten Interaktion (TZI), der Verhaltensmodifikation, der feed-back-Technik, der "Lerntechnik und Lerntheorie", also des "Lernen lernen", des sozialen Lernens, der Kommunikations- und Konfliktlösungstheorie und der Gruppendynamik. Dadurch soll dem Schülerberater ermöglicht werden, die Basisvariablen des Beraterverhaltens zu verwirklichen. Angesichts der tragischen Aktualität mußten auch Fragen der Drogenprävention und der Vorbeugung gegen Selbstmord und Selbstmordversuche von Kindern und Jugendlichen in diese Seminare eingebaut werden.

Die ständigen Arbeitsgemeinschaften für Schülerberater dienen nicht nur einer zusätzlichen Weiterbildung und Motivation, sondern sind vor allem im Hinblick auf den Erfahrungsaustausch besonders wertvoll.

Im Bereich der Hauptschulen wurde mit der Ausbildung der Schülerberater im Schuljahr 1973/74 begonnen. In einer relativ kurzen Zeitspanne - 1974 waren es 10, 1976 - 52, 1978 - 101 und 1980 - 109 Schülerberater - war auch an jeder Hauptschule Tirols ein eigener Beratungslehrer tätig, der in je einem einwöchigen Grund- und Fortsetzungsseminar mit seiner Aufgabe vertraut gemacht wurde. Die weitere Fortbildung erfolgt analog der Weiterbildung der Schülerberater an AHS.

- 8 -

Die fachliche Betreuung und Fortbildung der Schülerberater liegt in den Händen der Schulpsychologie. Das Referat Schulpsychologie-Bildungsberatung (vormals "Schule und Beruf") wurde 1949 ins Leben gerufen. In den letzten zehn Jahren, also von 1970 bis 1980, vermehrte sich die Anzahl der in Tirol tätigen Schulpsychologen von zwei auf acht. 1965 betreute ein Tiroler Psychologe über 60.000 Schüler, heute sind es nur mehr 16.127. Dies entspricht dem gesamtösterreichischen Durchschnitt. Aufgrund der besonderen geographischen Beschaffenheit des Landes gibt es allerdings starke regionale Unterschiede. Während die Bezirke Reutte mit ca. 5.000 Schülern und Lienz mit ca. 9.000 Schülern pro Schulpsychologen sich den europäischen Zielvorstellungen nähern und die Bezirk Imst und Landeck mit ca. 15.000 Schülern sowie die von drei Schulpsychologen betreuten Bezirke Innsbruck Stadt (30.000 Schüler) und Innsbruck Land- West (10.000 Schüler) dem österreichischen Durchschnitt entsprechen, sind die Bezirke Kufstein und Kitzbühel sowie Innsbruck Land - Ost und Schwaz mit je ca. 25.000 Schülern pro Schulpsychologen unterbetreut. Da der Bezirk Lienz vollkommen disloziert und der Bezirk Reutte besonders im Winter so abgeschnitten ist, daß die dort tätigen Psychologen nicht zur Mitbetreuung anderer Gebiete eingesetzt werden können, wird einer der nächsten zusätzlichen Dienstposten für die in Relation zu den anderen Bezirken weniger intensiv betreuten Gebiete zur Verfügung gestellt werden.

Im Bereich der Schülerberatung (Bildungsberatung) darf es nur einer vertiefenden Weiterbildung und einer laufenden Aktualisierung der Informations- und Arbeitsunterlagen.

